

Sächsische Dorfzeitung und Elbgauzeitung

Amtsblatt

Jeweilscher: Amt Dresden Nr. 31307

Zeitung: Elbgauzeitung

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Ultstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weitzer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niedervoritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weizig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalzeitung für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Lößniggemeinden, Dresden-Schlesien, -Neugruna und -Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beuer & Co.

Erscheint jeden Montag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierfach, 9.— auschließlich Briefgebühr;
durch Boten frei ins Haus vierfachjährlich 9.—, monatlich 3.—;
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierfachjährlich 8.40, monatlich 2.80.

Blasewitz

Dienstag, 15. Juni 1920.

Anzeigen-Preis: die gespaltenen Grundseile oder deren Räume
1.— Mark, im Texte die Zeile 250 Mark, für Tabellen und
schwierigen Satz 50% Aufschlag.

Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis zum 11. Mrt.

Zuspitzung der inneren Krise.

Der Reichspräsident hatte an den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei telegraphisch das Erlauben gerichtet, ihm eine Besprechung der politischen Lage baldigst zu besuchen. Dr. Heinze reiste am Sonnabend von Voitsburg nach Berlin und wurde am gestrigen Sonntag vormittag 11 Uhr von dem Reichspräsidenten empfangen. Es handelte sich um eine formelle Besprechung mit dem Präsidenten, in welchem er den Auftrag zur Kabinettbildung von ihm erhielt und ihn auch annahm. Dr. Heinze musste selbstverständlich, bevor er mit den anderen bürgerlichen Parteien in Verbindung trat, den Beschluss der rechtsozialdemokratischen Parteikonferenz, welche gestern vormittag im Gebäude des "Vorwärts" tagte, abwarten. Wie bekannt, waren die Aussichten, ein Koalitionsministerium von Stresemann bis Scheidemann zu finden, sehr gering, da auch bei den Rechtsozialisten der Gedanke der Bildung eines rein sozialdemokratischen Ministeriums immer mehr Anhänger findet. Man braucht sich deshalb nicht zu wundern, daß die sozialdemokratische Konferenz ein vollständig negatives Ergebnis gebracht hat, denn sie faßte folgenden Beschluß:

"Reichstagsfraktion und Parteiausschuß der Sozialdemokratie beschäftigten sich am Sonntag in gemeinsamer Besprechung mit der Lage, die durch den Ausfall der Wahlen entstanden ist. Es wurde übereinstimmende Überzeugung festgestellt, daß für die Partei die Beteiligung an einer Regierung, welche Elemente der Rechtsparteien enthält, ausgeschlossen ist. Nachdem die Unabhängigen es abgelehnt haben, sich an einer Regierung zu beteiligen, die Schutz der Republik und die revolutionären Errungenchaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten übernimmt, haben sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in der nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich ist. Eine Fortsetzung der bisher verlebten Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten wird gegenwärtig als unmöglich betrachtet."

Dr. Heinze empfing am gestrigen Abend die Vertreter der sozialdemokratischen Partei. In Begleitung des Herrn Dr. Heinze war Herr v. Kardorff. Die Sozialdemokratie war vertreten durch den Reichsanzler Müller und den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung Löbe. Auf die Frage des Herrn Dr. Heinze nach der Stellung der sozialdemokratischen Partei erklärte der Abg. Löbe, daß es seiner Partei aus außen- und innerpolitischen Gründen, entsprechend dem am Sonntag gesetzten Beschuß der Parteikonferenz, nicht möglich sei, an einem geeigneten Zusammensetzen mit der Deutschen Volkspartei zu glauben, wobei ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß irgendeine Verhüllung aus dem Wahlkampfe in keiner Weise mit sprechen dürften oder mitprägen. Daraufhin hat der Abg. Dr. Heinze, den Auftrag zur Kabinettbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt.

Man darf nun wohl annehmen, daß der Reichspräsident zu das Zentrum herangeht wird, um einen Führer bestimmen mit der Kabinettbildung zu beauftragen. Ob dieser mehr Glück hat als der Führer der Deutschen Volkspartei, muß abgewartet werden, doch ist der Erfolg jedenfalls sehr zweifelhaft.

Über die Gründe, die Dr. Heinze zur Ablehnung veranlaßt haben, teilt man aus führenden Kreisen der Deutschen Volkspartei folgendes mit: "Man muß auf Grund der heutigen Lage damit rechnen, daß als weitere Möglichkeit, eine Regierung zu bilden, nur noch die Schaffung eines rein wirtschaftlichen Kabinetts oder die Schaffung eines rein bürgerlichen Blocks übrig bleibt. Der erste Weg würde nicht die Aufgabe der Parteien, sondern vielmehr der wirtschaftlichen Körperschaften sein, für den zweiten Weg ist man der Überzeugung, daß die Bildung eines bürgerlichen Blocks in erster Linie nicht der Volkspartei, sondern der größten bürgerlichen Partei, dem Zentrum, ansteht, das ja auch zu allen bürgerlichen Parteien in freundliche Beziehungen steht. Die Aufgabe des Fraktionsführers der Deutschen Volkspartei, der die Regierungsbildung in Erfüllung des Auftrages des Reichspräsidenten verliefert hat, mußte in dem Augenblick als erledigt gelten, als sich der einzige Weg, der für ein Kabinett unter Führung der Deutschen Volkspartei gangbar erschien, nämlich der einer großen Koalition mit Einschluß der Sozialdemokratie, durch die heutige Stellungnahme dieser Partei als verschlossen erwies.

Da die Demokraten sowohl als die Volkspartei am heutigen Montag beraten, daß Zentrum aber erst zu Dienstag eine Fraktionssitzung einberufen hat, dürfte eine Klärung der Lage wohl kaum vor Mittwoch zu erwarten sein. Es kann nicht bestimmt werden, daß sich die Lage ungemein auseinander gesetzt hat und dies zur Freude der Unabhängigen und Kommunisten, welche einstweilen den stillen Beobachter spielen und sich jetzt schon der Hoffnung hingeben, daß bald die Stunde schlägt, in welcher sie die Macht an sich reihen können. Sie dürfen sich aber sehr irren, denn ehe es soweit kommt, werden sich alle bürgerlichen Parteien zusammenfinden und allen Hader beenden, um das Vaterland zu retten, um es nicht russischen Wüstenden auszutreiben zu lassen.

Interessant ist übrigens bei der Ablage der Sozialdemokraten, daß sich dieselbe nicht nur gegen die beiden rechtsliegenden Parteien richtet, sondern überhaupt gegen eine bürgerliche Koalition. Es ist daraus zu erkennen, daß der linke Flügel bei den Rechtsozialisten die Oberhand hat. Man will versuchen, den neuen Reichstag arbeitsfähig zu machen, um dann so bald als möglich Neuwahlen auszuschreiben zu lassen. Ob sich dann aber das Wahlausguck auf Seiten der Linksparteien legen wird, möchten wir stark bezweifeln, denn dann wäre das Vaterland wohl endlich einsieben, daß man es vollständig ausrotten will.

Die feindliche Sabotage unseres Wirtschaftslebens.

Einer unserer Mitarbeiter schreibt uns:

Es ist etwas anderes, ob man die Bestimmungen des Versailler Vertrages, für das ein Deutscher den Ausdruck Friedensvertrag nicht gebrauchen sollte, bloß liest oder ob man sie erlebt. In den militärischen Bestimmungen gibt es einen Abschnitt 3, der uns unsere Flugzeuge und U-Boote schafft.

Was das sagen will, habe ich nun mehr mit eigenen Augen gesehen, als ich vor kurzem einen unserer schönen Turnplätze besichtigte. Alle Flugzeuge, alle, mussten der internationalen Überwachungskommission übergeben werden.

Und diese läßt sie nun zerbrechen, zerklüpfeln, zerjagen.

Vielleicht entgleichen ein paar alte Rumpfkläppchen, die nicht mehr fliegen können und nur noch historischen Anschauungswert besitzen, diesem Schicksal. Und dann soll es der Sächsischen Luftwaffe gelingen sein, von der Entente sage und schreibe drei brauchbare Flugzeuge freizukommen zu haben, um ihren Geschäftsbetrieb überhaupt wieder aufnehmen zu können. Aber

auf die anderen hundert und tausend von Flugzeugen und Flugzeugmotoren in den deutschen Flugzeug- und Motorfabriken werden sinnlos zerstört.

Ich habe dabei zugeschaut mit Empfindungen, die ich nicht zu beschreiben brauche. Da liegen zu Tausenden die abmontierten Tragflächen. An zwei Stellen wird das Beleidigungsbuch heruntergefegt, so daß die Holme bloßliegen. Und die Tragflächen die Längsseite geben. Und dann werden die Holme zweimal durchgezägt. Was bleibt, ist Beuerholz. Dann geht es zu den Rumpfen. Sauber und wehrhaft erhalten stehen sie da mit leichten und zähem Holzfurnituren umkleidet, mit ihren schöngeschwungenen Kielflossen und Steuerflächen. Die Holme der Rumpfe werden zerstört. Nun sind diese nur noch halbfeste Röhren. Und dann wälzt der zweitlüstige Schwunghammer. Er kracht splitternd in die Furniere, er zerbiegt und zerknickt die feinen Stahlrohre, die den Flügel ihre elastische Krümmung geben, er zerkrümmt die Motoren. Jeder Zylinder bekommt einen vollwüchsigen Schlag, daß er zerbricht den Kolben festklemt. Aber dann nicht genug, der Motor muß auseinandergezogen werden und seine Teile werden noch einzeln zerklüpft und zerstückelt. Schott ist, was von den Fahrgetrieben übrigbleibt, wenn der Hammer gewaltet hat.

Man muß den Jammer geheben haben, wenn ganze Reihen von zerbrochenen Motoren nebeneinanderstehen. Nader von ihnen hätte in landwirtschaftlichen oder Kleingewerbebetrieben, mit einem Vorgelege angepaßt, Kraft und vielleicht Licht spenden können. In England werden Tonnaden mit neuem Mercedes-Motoren angesetzten, wie sie hier vor mir liegen. Statt durch ihre möglichst vorteilhafte Ausführung ein wenig dazu beitragen zu lassen, das umso mehr ungewöhnliche Schußlast erleichtert werden könnte, befiehlt kungsäuglicher Siegerhah und lächerliche Siegeranzug die sinnlose Zerstörung dieser Werke.

Befiehlt! Als Verkörperung dieses Befehls steht ein französischer Oberleutnant zwischen den Trümmern hin und her und überwacht die Gräßlichkeit der Zerstörung. Das deutsche Volk zieht ihm für seine Arbeit ein Jahresgehalt aus dem Koffer der Mercedes-Motoren angetischt, wie sie hier vor mir liegen. Statt durch ihre möglichst vorteilhafte Ausführung ein wenig dazu beitragen zu lassen, das umso mehr ungewöhnliche Schußlast erleichtert werden könnte, befiehlt kungsäuglicher Siegerhah und lächerliche Siegeranzug die sinnlose Zerstörung dieser Werke.

Und das alles nur ein winiger Abschnitt aus dem Menschenwollüstig-wahnwitziger Nach- und Zerstörungsfuß, das die Feinde bei uns und unseren ehemaligen Verbündeten, also gegen die Lebensbedingungen von 150 Millionen Menschen ausüben! Wie lange noch wird es dauern, bis wirklich wieder Menschlichkeit und Vernunft das Leben der Völker regieren werden?

Politische Nachrichten.

Der Erfaß für Scapa Flow.

Paris, 18. Juni. Dem "Newspaper Herald" wird aus London gedreht, daß in kürzester Zeit vor der Wiedergutmachungskommission an die deutsche Regierung das Verlangen erginge, den Schadenerlaß für die in Scapa Flow versunkenen Schiffe auszuüben. Wie der "Newspaper Herald" meldet, wird die Bemühung der zu leistenden Entschädigung für die versunkenen Schiffe zwar hoch sein, aber doch in einem Widerstand zum "Verlust" stehen, den die Alliierten in Scapa Flow erlitten haben. Es werden zahlreiche Schwimmdocks, Kräne und andere Schwimmmaterialien verlangt werden. Die betreffende Liste wird in kürzester Zeit der Marinabteilung der Wiedergutmachungskommission ausgehändigt werden.

Unannehmbar bedingungen für eine internationale Anleihe.

Es verlautet, daß die Vereinigung der alliierten Kommission, die die internationale Anleihe an Deutschland vorbereitet, beendet sind. Die Anleihe wird in Gold 5 Milliarden Franken betragen, welche Summe bis 15 Milliarden erhöht werden kann. Der Gesamtkredit soll gleichzeitig mit der von Deutschland zu zahlenden Schuld vergütet und verrechnet werden. Die Hauptbedingung für eine Anleihe ist, daß die deutschen Finanzen und Steuerverwaltungen unter Aufsicht der Entente-Kommissionen in Berlin gestellt werden,

Abreise der Entente-Kommission aus Schleswig?

Die "Deutsche Tageszeitung" meldet aus Flensburg: Soeben wird hier bekannt, daß sich die Internationale Kommission am Montag aufzulösen und am Dienstag Flensburg verlassen wird. Einige Mitglieder der Kommission bleiben noch einige Zeit in der ersten Zone, um von dort aus die Abwicklung der Gefechte zu führen. Die französischen Truppen werden am Donnerstag oder Freitag aus Flensburg abziehen. Sie fahren mit der Bahn nach Neubrandenburg.

Blutdürkige französische Soldaten.

In Gleiwitz passierten mehrere französische Soldaten laut Meldung des "Oberstabs-Banderes" den Turnplatz am staatlichen Gymnasium. Mehrere Gymnasiasten unterhielten sich lächelnd über die auffällige Uniform eines französischen Soldaten. Die Franzosen überstiegen hierauf den Zaun des Turnplatzes und stachen mit Seitengewehren auf die hilflosen Schüler ein. Ein Oberprimaire und zwei Schulanfänger wurden schwer verletzt. Der Oberprimaire erhielt einen lebensgefährlichen Bauchschuß und wird nach Aussagen der Ärzte kaum mit dem Leben davonkommen. Die Verwundeten wurden in französischen Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Die Erregung der Bevölkerung ist ungeheuerlich.

Eine polnische Mission von Bolschewisten hingerichtet.

Alle Mitglieder einer polnischen Mission, die sich nach Polen begeben hatte, wurden von den dortigen Bolschewisten hingerichtet. Die Bolschewisten haben das ganze Gebiet von Polen sowie einen Streifen Landes, der sich bis zu 10 Meilen südlich des Kaiserlichen Meeres erstreckt, besetzt.

Gegenrevolution in Russland?

Tokio, 18. Juni. In Wladivostok wurde ein Polnauer Funkprüfung aufgesangen, wonach in Russland die Gegenrevolution ausgebrochen. Tokio soll ermordet sein. Lenin befindet sich auf der Flucht. Eine neue Regierung soll sich unter Borissow gebildet haben.

Paris, 18. Juni. In offiziellen Kreisen wird erklärt, daß man keine Kenntnis von der gemeldeten Revolution habe. Andererseits geht aus der Umfrage der Agence Havas in diesen offiziellen Kreisen hervor, daß seit dem 11. Juni die französischen Funkstationen aus Moskau nur unverständliche Radiotelegramme erhalten haben. Sonntagabend wurden undeutlichbare russische Funkenprüfung aufgesangen.

Abdankung des türkischen Sultans.

Aus Konstantinopel wird der "Chicago Tribune" gemeldet, daß der türkische Sultan in der nächsten Zeit abzutreten entschlossen sei.

Eine Revision des Vertrages mit der Türkei.

Paris, 18. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter des "Daily Telegraph" schreibt, daß in politischen Kreisen eine gründliche Revision des Friedensvertrages als unmittelbar bevorstehend angenommen werde, und zwar in einem für die Türkei günstigen Sinne. Diese Frage bilde den Gegenstand wichtiger Verhandlungen zwischen den Mächten.

Salona von den Albanen angegriffen.

Rom, 18. Juni. Der "Epoca" wird aus Rom gemeldet: In der Nacht zum 10. Juni griffen die Rebellen die Stadt an, wobei sie einige der Italienern am 6. Juni abgezwungen haben, Geschüsse und Maschinengewehre gebrauchen. Sie näherten sich auf 800 Meter der Stadt, wurden aber durch einen Gegenangriff zurückgeschlagen und ließen 200 Toten und eine Batterie zurück. Etwa 1000 moslemische Albaner wurden verhaftet und das moslemische Viertel geräumt.

Politischer Mord in Paris.

Paris, 18. Juni. Heute mittag kurz nach 1 Uhr hat ein blödiger Albaner namens Aveni Rustan auf Eßad-Pascha, den ehemaligen Gouverneur von Albanien, jebigen Vorsitzenden der albanischen Delegation in Paris, in den Augenblick, indem dieser das Hotel Continental verließ, zwei Revolverschläge abgegeben. Eßad-Pascha wurde getötet, der Mörder ist verhaftet. Er erklärte, daß er seine Landsleute habe töten wollen für die Albaner, die ihnen Eßad-Pascha zu gefügt habe. — Eine weitere Nachricht besagt folgendes: Das Attentat gegen Eßad-Pascha wurde nachmittags nach 2 Uhr begangen. Der Attentäter hatte sich hinter einer Säule der Arkaden verborgen und schoß auf Eßad-Pascha, als er ein Auto besteigen wollte. Eßad-Pascha wurde in die Brust getroffen. Wenige Minuten später ist er in seinem Hotelzimmer verschieden. Der Attentäter, dem die Menge böse zu sehe, wurde verhaftet. Er ließ sich willig abführen. Er erklärte, Eßad-Pascha sei schuld an dem Unglück seines Vaterlandes. Der Mörder erklärte weiter, er sei Student der Universität. Er habe sich seit Ende Mai in Paris auf.

Englische Sorgen.

Der Londoner Korrespondent des Pariser "Tempo" telegraphiert: In britischen ministeriellen Kreisen zeige man große Sorge über die europäische Lage, insbesondere über die möglichen Folgen der italienischen Ministerkrise und über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen. Offenbar würden Vernehmungen nach der englischen Regierung nicht, da die Konferenz von Spa über den 5. Juli hinaus verschoben werde.

Churchill verleumdet den deutschen Konsul in Täbris.

Rotterdam, 18. Juni. Über die militärischen Operationen an allen Fronten gab der englische Minister Winston Churchill folgende Erklärung: In Täbris seien die Unruhen durch Anträge des deutschen Konsuls verursacht worden. Er sieht sehr fest, daß dieser Selbstmord begangen habe. In dem Bericht heißt es weiter, daß in Täbris bei einem Angriff auf eine Druckerei eine große Menge bolschewistischer Dokumente gefunden wurden. Churchill bestätigte weiter, daß russische